



 **Anne
Janssen**
Mitglied des Bundestages

AUSGABE I / 2024

Foto: A. Hildebrandt · Tobias Koch, Berlin

— Anne Janssen bei den Vereinten Nationen —

Die 68. Frauenrechtskonferenz der Vereinten Nationen in New York versammelt eine Vielzahl von Stimmen und Perspektiven, um Probleme wie Armut, Geschlechterungleichheit und Gewalt gegen Frauen anzugehen. Als Teilnehmerin der Konferenz hatte Anne Janssen die Gelegenheit, an verschiedenen Sitzungen und Diskussionen teilzunehmen, die einen Einblick in die Herausforderungen und Fort-

schritte im Kampf um die Rechte der Frauen boten.

Ein zentrales Thema, das immer wieder aufgegriffen wurde, war die Verbindung zwischen Armut und Geschlecht: Denn Frauen sind überproportional von Armut betroffen und stehen oft vor besonderen Herausforderungen, wenn es um den Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen und finanzieller Unabhängigkeit geht. Eine wichtige Diskussionsrunde beschäftigte sich mit dem Thema Alleinerziehende: 42 % der Alleinerziehenden sind arm. Es gibt daher dringenden Handlungsbedarf, um diese Familien zu unterstützen. Die Forderungen nach Steueranreizen, verbesserter Kinderbetreuung und gerechter Besteuerung wurden deutlich hervorgehoben. Um Frauen aus der Armut zu holen und ihre Unabhängigkeit zu stärken, ist finanzielle Sicherheit und Chancengleichheit im Arbeitsmarkt entscheidend.

In einem Gespräch mit UNICEF wurden die „Roten Hände“ der Ministerinnen, Minister und Abgeordneten

des Deutschen Bundestags in Empfang genommen. Jedes Jahr beteiligen sich die Mitglieder der Bundesregierung und des Parlaments an der weltweiten Protestbewegung gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Im weiteren Gespräch wurde Deutschland als der zweitgrößte Partner genannt und es wurde betont, dass der Klimawandel eines der größten Probleme für Kinder darstellt. Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs lag auf dem Thema Kinderschutz. Es wurde erwähnt, dass die Corona-Pandemie viele Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit mit sich gebracht hat, und es wird viel Hilfe und Zeit benötigt, um diese anzugehen. Viele Mädchen haben während der Pandemie die Schule abgebrochen und sind nicht zurückgekehrt.

In Bezug auf die Diskussionen zu der Teilnahme an der Frauenrechtskonferenz legt Anne Janssen auch besonderen Wert auf den Antrag der CDU/CSU zur Beendigung von menschenunwürdigen Zuständen in der Prostitution. Mitte März wurde der Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. „In den letzten Tagen habe ich immer wieder den Satz gehört: Frauenrechte sind Menschenrechte“, berichtet Anne Janssen. „Daher müssen wir gemeinsam so schnell wie möglich diese Menschenrechte umsetzen und die schreckliche Situation von Frauen in der Prostitution in unserem Land umgehend beenden“, so Anne Janssen.



Anne Janssen MdB, Leni Breymaier MdB
und Josephine Ortleb MdB bei den Vereinten Nationen

– Anne Janssen holt „Die UN und WIR“ in die Region –

Auf Einladung von Anne Janssen MdB machte im Februar für drei Wochen die Wanderausstellung „Die UN und WIR“ der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. im Wahlkreis der Abgeordneten Station. In der Raiffeisen-Volksbank in Wittmund informierte die interaktive und multimediale Ausstellung über die Arbeit der UN und ihrer Sonderorganisationen rund um die Welt. „An vielen Stellen begegnet uns diese Arbeit, zum Beispiel über Einsätze der „Blauhelme“ oder den Internationalen Währungsfonds. Ich freue mich, dass wir vor Ort über dieses Engagement und seine Auswirkungen auf unseren Alltag einen kompakten und einfachen Überblick erhalten konnten. Auch und besonders für Schülerinnen und Schüler war dies eine gute Gelegenheit“, so Anne Janssen.

Ein Hauptanliegen der Vereinten Nationen ist es, durch die internationale Zusammenarbeit der mittlerweile 193 Mitgliedsstaaten nicht nur den Austausch zu verbessern, sondern auch die kollektive Sicherheit zu festigen. Die zentralen Handlungsfelder haben sich im Laufe der Jahre erweitert und erstrecken sich auf Entwicklungsthemen, Bildung und Kultur, Wirtschaft und Soziales und Umwelt und Klima. Mit Fragen wie „Was tun die UN konkret gegen Armut und für die Wahrung der Menschenrechte?“, „Wie treten sie dem Klimawandel entgegen?“ und „Wie kann es ihnen besser

gelingen, den Frieden zu sichern?“ boten die Karten, Texte und Materialien einen greifbaren Zugang zu vielen aktuellen Projekten oder Organisationen, zu denen auch die Weltgesundheitsorganisation und die UNESCO zählen.

„Ein herzlicher Dank geht noch einmal an die RVB, die als Gastgeber mit einem barriere-

freien Zugang die Wanderausstellung beherbergt haben. Wir haben einmal mehr vor Augen geführt bekommen, wie vielfältig und bedeutsam die Arbeit der UN weltweit ist, und dass in einer immer stärker vernetzten Welt ein gemeinsames Handeln und Streben nach Frieden konsequent verfolgt werden müssen.“, so Anne Janssen.



Anne Janssen MdB, Katharina Jensen MdL, Landrat Holger Heymann, Hendrik Schultz (CDU Wittmund) und Joachim Hobbie (RVB Wittmund) bei der Eröffnung der Ausstellung

Baugesetz braucht Anpassung an ländlichen Raum

Die Bundesregierung plant eine Novellierung des gesamten Baugesetzbuches. Jedoch werden dabei zentrale Änderungen, die besonders für ländliche Regionen wichtig sind, von der Ampel-Koalition nicht unterstützt.

Denn wer auf dem Land beispielweise einen alten Hof übernehmen oder kaufen möchte, der sich im Außenbereich, also außerhalb der unmittelbaren Ortsgrenze, befindet, um dort zu leben, muss aktuell viele Hürden umgehen, um bedarfsgerecht zu sanieren oder neu zu bauen. Befindet sich das Wohngebäude in einem Zustand, der einen Ersatzneubau bedingt, muss Gerichtsurteilen zufolge trotzdem ungefähr drei Jahre in den Verhältnissen gelebt werden, bevor ein gleichwertiges Haus an derselben Stelle neugebaut werden darf.

Das führt gerade in Regionen wie Friesland und Ostfriesland dazu, dass immer mehr ehemalige Höfe und Gebäude abseits des Ortes verfallen, anstatt dass sie im Rahmen einer Neuerrichtung aufgewertet werden. Zudem mangelt es vielen Kommunen an verfügbaren Neubaugebieten, unter anderem auch aufgrund von Einschränkungen durch den Verlauf von Stromtrassen und Pipelines. Anne Janssen hat sich daher mit dem Appell an das Baumi-

nisterium gewandt, diese Regelung im Rahmen des neuen Baugesetzes anzupassen - aber die Bundesregierung erteilt einer Veränderung der Einschränkungen direkt eine Absage.

Auch Feuerwehrhäuser betroffen

Von Einschränkungen im Baugesetz sind aber nicht nur private Gebäude betroffen: Auch Neubauten von Feuerwehrhäusern sind von der Regelung betroffen. Die in vielen Gemeinden notwendigen Neubauten sind innerorts nur schwer realisierbar, in vielen Fällen ist der notwendige Platz schlichtweg nicht vorhanden. Für die außerorts liegenden neuen Standorte muss vielfach ein kompliziertes und langwieriges Bauleitplanverfahren durchgeführt werden.

Anne Janssen stellte auch hier eine Anfrage an die Bundesregierung - aber auch den Feuerwehrhäusern versagt die Bundesregierung ihre Unterstützung. Die Bundesregierung begründet ihre Ablehnung einer vereinfachten Regelung für den Neubau von Feuerwehrhäusern mit den Argumenten der Lärmbeeinträchtigung, der Erreichbarkeit für die Feuerwehrleute und der Verfügbarkeit von

Parkflächen. „Nach meiner Ansicht unterstützen genau die von der Bundesregierung vorgehaltenen Argumente die Errichtung von neuen Feuerwehrhäusern im Außenbereich. Nach meiner Ansicht verkennt die Bundesregierung in Ihrer Sichtweise auf den Sachverhalt die unterschiedlichen Lebensrealitäten zwischen Stadt und Land. Es ist selbstverständlich, dass die Ansiedlung eines Feuerwehrhauses im Außenbereich einer Großstadt nicht den Anforderungen entspricht. In kleineren Ortschaften ist die Sachlage aber eine andere. Auch am Ortseingang gebaute Feuerwehrhäuser können eine schnelle Reaktionszeit für Einsätze im Ortskern gewährleisten“, kommentiert Anne Janssen die Aussagen der Bundesregierung.

Anne Janssen steht daher weiterhin mit Ihren Kollegen im Bauausschuss in direktem Kontakt, um sich für die entsprechenden Änderungen im Baugesetz bei einer Novelle einzusetzen.



Baukrise trifft auch hiesigen Mittelstand

„Die Baubranche fühlt sich angesichts der mangelhaften Auftragslage im Wohnbau allein gelassen.“ Mit diesem Statement trat vor kurzem Thomas Dreesmann, Geschäftsführer der Baugewerbe-Innung Leer-Wittmund, gemeinsam mit Obermeister Uwe Tellkamp an die hiesige Politik heran. Die Baukrise habe sich in alle Bereiche und auch in die ländlichen Regionen ausgedehnt. Die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen MdB (CDU) kam zum Austausch über die ernste Perspektive und mögliche Lösungsansätze vorbei.

„Lange Genehmigungsverfahren und die starke Verteuerung bei Bauprojekten schrecken immer mehr Investoren und auch private Häuslebauer ab, das führt zu einem bereits gut sichtbaren dramatischen Rückgang und immer leereren Auftragsbüchern unserer 85 Innungsbetriebe“, so die Innungsvertreter. Anne Janssen stimmte zu und ergänzte: „Mangelnder Wohnraum ist längst nicht mehr nur ein Problem von Metropolen. Die Anforderungen und die Voraussetzungen reichen immer weiter auseinander. Wir sehen das auch im Bereich Energie: die Standards

steigen und passende stark nachgefragte Förderungen werden gleichzeitig eingestampft.“

Es sei auch nicht unbedingt nur eine Frage der Bereitschaft, war man sich einig. Private Eigentümer könnten sich Immobilien immer seltener leisten. Für Investoren werde es ab

einem Punkt einfach unwirtschaftlich, der ebenfalls benötigte Mietraum fehle dann auch. Die Innung Leer-Wittmund sah wie die Branche die Politik in der Pflicht, die Bedingungen zu verbessern, damit man der Baukrise Herr werden kann. Anne Janssen sah es ebenso: „Im aktuellen Sofortprogramm Wirtschaft fordert die CDU unter anderem Maßnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auch für den Wohnbau. Verbunden damit ist auch die Forderung zum Beispiel nach Genehmigungsfristen im Baurecht, die ein absehbares Vorankommen ermöglichen.“ Es könne nicht sein, dass man Geld, Handwerk und Material zusammen habe und alles daran scheitere, dass der Antrag unabsehbar in den Tiefen der Behörde verschwinde.

Anne Janssen fasste abschließend mit Thomas Dreesmann und Uwe Tellkamp zusammen: „Das ist keine Situation, die durch aussitzen besser wird. Und auch kein Problem allein der Unternehmen, denn Wohnraum – egal ob als Eigentum oder zur Miete – brauchen alle.“



Foto: Mitglieder der Bau-Innung tauschen sich mit Anne Janssen aus - Bild: Kreishandwerkerschaft LeerWittmund

Landesfischereitag - Küstenfischer machen sich Luft

Beim Fischereitag des Verbandes der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei im Landesfischereiverband Weser-Ems e.V. Anfang März in Neuharlingersiel machten sich die hiesigen Fischer einmal mehr Luft. Bereits im vergangenen Jahr hatten sich die Fischer gemeinsam mit den hiesigen CDU-Politikerinnen und -Politikern, unter ihnen auch Anne Janssen, kurzgeschlossen, um gemeinsam auf Missstände des Aktionsplans 2030 der EU aufmerksam zu machen. Die pauschalisierten Regelungen und Verbote trafen besonders die hiesige traditionelle Krabben- und Muschelfischerei, die ihre Fanggebiete zu einem erheblichen Teil in der Zone des niedersächsischen Wattenmeers hat. Auch die Maßgaben zu Fangarten und Kuttern würden die deutschen Küstengebiete durch ihre besonderen Gegebenheiten erheblich mehr belasten.

Bisher finden die Anstrengungen, die die Mitglieder hiesiger Verbände bereits seit Jahren unternehmen, wenig Berücksichtigung. Auch auf dem Fischereitag ging es unter anderem unter dem Motto „Fischkutter der Zukunft – der gemeinsame Entwurf von Fischern und Forschung“ oder auch „Innovationsprogramm Krabbenfischerei - Aus der Praxis für die Praxis“, um eine Weiterentwicklung der Traditionsbetriebe im Sinne des Küsten- und Naturschutzes.

Bereits jetzt stellen viele eine Fortführung aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation der kleinen Unternehmen der Branche in Frage. Die aktuelle Auseinandersetzung um die Erlösbeteiligung für Offshore-Lizenzen trübt die

Zukunftsperspektive weiter ein. Hierzu sprach auch Katharina Jensen als Fachfrau der CDU-Landtagsfraktion in ihrem Grußwort. „Gerade in Anbetracht der zahllosen Runden Tische und geführten Gespräche, der vielen Eingaben und Vorschläge aus dem vergangenen Jahr kann dies nicht das Ergebnis sein und zeigt deutlich: Im Einsatz für unsere traditionellen Betriebe fehlt der Ampelregierung einmal mehr die Wertschätzung. Denn entgegen der Planungssicherheit, welche die SPD den Fischern suggeriert, zeigt der Bundeshaushalt noch eine unklare Finanzierung der kommenden Jahre“, bilanzierte Anne Janssen den Tag.

Für den Bundeshaushalt im kommenden Jahr hat die Ampel-Koalition die geplanten Ausgaben des Bundes ab 2025 (Verpflichtungser-

mächtigungen) für die Fischerei in Höhe von insgesamt 300 Millionen Euro gekürzt. Zudem ist es unklar wie hoch die Fördermittel, welche aus den Versteigerungserlöse für die deutschen Offshore-Windenergie-Flächen gewonnen werden, in den nächsten Jahren sind. Zwar wird künftig wieder die bisherige Verteilung des Gesamterlöses der Versteigerungen in Höhe von fünf Prozent gelten, ungewiss ist für die Fischerei dabei aber, wie hoch die in diesem Jahr generierten Einnahmen tatsächlich sind. Die zur Verfügung stehende Summe zeigt sich erst Ende 2024. Dass für die Fischerei wieder höhere Fördermittel zur Verfügung stehen setzt zudem voraus, dass die Bundesregierung nicht abermals eine Änderung bei der Verteilung der Erlöse vornimmt, um wieder eine Haushaltslücke zu stopfen.



Foto: Vorstellung der neuen Meister auf dem Landesfischereitag in Neuharlingersiel

Gemeinsamer Austausch mit der Landesaufnahmebehörde

Seit fast einem Jahr ist die Notunterkunft für Geflüchtete der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen in der Freizeit- und Ferienanlage Dorf Wangerland in Hohenkirchen in Betrieb - da wurde es Zeit für einen Austausch zu den bisherigen Erfahrungen und der aktuellen Lage. Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Katharina Jensen und der CDU Wangerland besuchte die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen die Einrichtung.

Leiter Sven Wietusch gab der Gruppe einen Einblick. Überwiegend hätten hier derzeit Menschen aus Kolumbien und Afghanistan eine Unterkunft, bevor sie dem Verteilungsschlüssel gemäß ein Zuhause in den einzelnen Kommunen finden würden. Durch die baulichen Vorbedingungen der ursprünglich als Hotel vorgesehenen Anlage seien die Gegebenheiten für die Unterbringung und Versorgung von bis zu 500 Menschen optimal, was sich auch im zumeist ruhigen Alltag widerspiegeln. Um einen guten und regelmäßigen Austausch auch mit den Wangerländern zu pflegen, habe sich ein regelmäßiger Runder Tisch der örtlichen Akteure gut etabliert. Dies könne bei sich abzeichnenden Problemlagen auch schnell und maßgeschneidert Lösungen erarbeiten.

„Mit Spiel- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Angeboten wie zum Beispiel Sprachkursen durch die Kirche und weitere Organisationen bietet sich hier für eine Notunterkunft wirklich eine ausgenommen gute Ausgangslage“, so Anne Janssen. Voraussetzend habe man die Bedingungen best-

möglich gestaltet und die Bürgerinnen und Bürger mit einem Dialog ins Boot geholt, die Arbeit zahle sich aus. Vertragsgemäß hat das Land Niedersachsen die Anlage noch bis März 2025 als Notunterkunft angemietet, danach soll sie wieder für eine touristische Nutzung zur Verfügung stehen.



Foto: Anne Janssen MdB und Katharina Jensen MdL besuchen gemeinsam mit der CDU Friesland und der CDU Wangerland die Notunterkunft "Dorf Wangerland" - Bild: Thies Fischer

Gemeinsamer Besuch bei der Deharde GmbH - Nachwuchs in Zukunft noch stärker generieren statt (zurück) gewinnen

Zertifiziert als Hersteller für die zivile und militärische Luft-, und Raumfahrtindustrie, internationale Kunden und vielfältige Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung – trotz ihres Portfolios und der guten Vernetzung in der Region ist auch bei der Deharde GmbH in Varel der Fachkräftemangel längst spürbar.

Bei einem gemeinsamen Besuch konnten die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen und die Landtagsabgeordnete Katharina Jensen (beide CDU) nicht nur mehr über die aktuellsten technischen Verfahren und Entwicklungsmöglichkeiten erfahren, sondern sich auch über die Nachwuchsgewinnung – einem Hauptaugenmerk des Unternehmens – austauschen.

Mit 24 Auszubildenden und insgesamt 250 Mitarbeitern ist das stetig wachsende Auftragsvolumen aktuell noch leistbar. „Doch wir müssen wie alle vorausschauen. Auch um in technischen Studiengängen in Zukunft unser Fachpersonal noch umfassender selbst zu generieren, arbeiten wir mit der Jade Hochschule zusammen und bieten ein Duales Studium an.“, so Geschäftsführer Kai Brüggemann. „Durch die Branchen hinweg hat sich die Fachkräfte-suche über den Weg der eigenen Ausbildung besonders in ländlichen Räumen wie unserem

bewährt.“, so Janssen, und ergänzt: „Junge Menschen lassen sich leichter hier halten als zurückgewinnen, wenn sie bereits an anderer Stelle über Ausbildung oder Studium erste Wurzeln geschlagen haben.“

Auch mit dem stetigen Ausbau der eigenen Kompetenzfelder muss Deharde einige Leistungen weiter an Partnerunternehmen, am liebsten in der Region, vergeben und spürt bei der Auftragsvergabe immer wieder den über-

greifend leergefegten Fachkräftemarkt. „Gerade im IT-Sektor sind unsere hiesigen Anbieter voll ausgelastet. Hier würden wir gern viel mehr vergeben als vor Ort möglich ist.“ Ein Grund mehr, in der eigenen Nachwuchsförderung draufzusatteln. „Auch der rasante technische Fortschritt kann die Leerstellen nicht auffangen. Und an vielen Stellen braucht es – zum Glück!- auch in absehbarer Zukunft ein Team aus Fleisch und Blut.“, so Anne Janssen und Katharina Jensen.



Dr. Kai Brüggemann (Deharde) gibt Katharina Jensen MdL und Anne Janssen MdB eine Werksführung

— REHAU - mehr Nachhaltigkeit in der Produktion —

Wie lassen sich hohe Energiekosten weiter senken und gleichzeitig mehr Nachhaltigkeit in den Produktionsprozess bringen? Mit diesen zentralen Fragen beschäftigt sich der Wittmunder Standort des Unternehmens REHAU nicht erst seit der Energiekrise im vergangenen Winter. Wie Investitionen in die Zukunft gelingen und welche Rolle die Politik dabei spielt, brachte Geschäftsführer Thomas Roblick bei einem Austausch mit der Bundestagsabgeordneten Anne Janssen (CDU) auf den Tisch.

Die Produktionsverfahren seien sehr stromlastig, das führte besonders in den vergangenen Jahren zu einer Verdopplung der reinen Energiekosten von 7 Prozent auf 14 Prozent, berichtete Roblick, einer der beiden Geschäftsführer. „Diese Preisspitzen waren branchenübergreifend ein sehr großes Problem für große und kleine Unternehmen – und auch jeder Privathaushalt hat es sehr deutlich im Portemonnaie gemerkt. Da erreicht die beste Planung ihre Grenzen.“, bestätigte auch Anne Janssen die durch die Bank schwierige Lage.

Der Wittmunder Standort, an dem unter anderem Fensterprofile entstehen, hat in den letzten Jahren bereits viel in moderne Systeme wie etwa ein Lastmanagement investiert, um möglichst energieeffizient zu fahren. Eine anteilige Versorgung über Solarenergie sei längst in Planung, doch hier fräßen notwendige Genehmigungsverfahren viel Zeit, erklärte Roblick weiter und sah die Politik am Zug. „Wir sehen das leider zum Beispiel auch in der Windkraft – die Leute und unsere Unternehmen wollen modernisieren und brauchen dann einen viel zu langem Atem. Das ist wirklich ein großer Knackpunkt.“, so Anne Janssen. Für viele größere Unternehmen, so die Abgeordnete, trügen gerade die Energiekosten ohnehin zu Überlegungen bei, ob

Deutschland noch der richtige Standort sei. „Auch das unmittelbare europäische Ausland ist eine starke Konkurrenz und mit langen Genehmigungsverfahren, zumal für nachhaltige Energiegewinnung, machen wir es nicht besser.“

Neben einer größeren Energieeffizienz setzt REHAU aber auch bei Rohstoffen längst auf mehr Nachhaltigkeit, zum Beispiel mit der Verwendung von Rezyklaten, die aus Altfenstern gewonnen werden. So kann das Unternehmen eine CO₂-Ersparnis von bis zu 90 Prozent auf eine Tonne PVC erreichen. Bis zu 10 Mal könne PVC außerdem wiederaufbereitet werden und sei damit entgegen seinem schlechten Ruf ein sehr guter Werkstoff.

Auf die frühzeitige Fokussierung auf nachhaltige Verfahren und eine stetige Modernisierung im Sinne klimafreundlicherer Lösungen, ist man stolz bei REHAU. Und auch darauf, ganz untypisch für die aktuelle Unternehmenslandschaft, nicht unter dem Fachkräftemangel zu leiden. Die 600 Mitarbeiter in Wittmund weisen im Durchschnitt eine lange Betriebszugehörigkeit auf und auch die Ausbildungsplätze lassen sich jedes Jahr gut besetzen. Das sei allerdings kein Selbstläufer, so Thomas Roblick und betonte, man sei in einer komfortablen Situation und Sorge mit Maßnahmen für Mitarbeiterzufriedenheit und einer aktiven und zielgruppenorientierten Nachwuchsgewinnung dafür, dass es so bliebe.



Foto: Anne Janssen und Thomas Roblick (REHAU) im Gespräch

Plenarreden zum Bundeshaushalt 2024 und zum Internationalen Frauentag

In zweiter Beratung billigte der Deutsche Bundestag am 30. Januar 2024 nach dem Skandal um die Verfassungsmäßigkeit des Bundeshaushaltes schließlich auch den Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für das bereits laufende Jahr. Noch wenige Wochen zuvor sorgten die massiven Kürzungspläne der Bundesregierung sowie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bundesweit für deutliche Verunsicherung. In der Folge verloren die Verbände wegen der fehlenden Planbarkeit ihrer Programme wichtige Fachkräfte teils unwiederbringlich. In ihrer Rede kritisierte Anne Janssen diesen Umgang mit der Zivilgesellschaft scharf. Die

meisten Einsparungen wurden erst im letzten Moment zurückgenommen. Ein erneuter Vertrauensverlust in die Bundespolitik war die Folge. Und die Fortführung der Förderung für die Freiwilligendienste sowie den Garantiefonds Hochschule bringt besonders mit Blick auf die erneut dramatische Haushaltssituation für das kommende Jahr nur kurze Erleichterung. Erneut stehen schwierige Verhandlungen bevor.

Eine feste Tradition im Deutschen Bundestag ist die vereinbarte Debatte zum Internationalen Frauentag, welche in diesem Jahr am 15. März abgehalten wurde. Die Abgeordnete

Anne Janssen konnte ihre Eindrücke von der 68. UN-Frauenrechtskonferenz hier bestens platzieren. Sie schätzte die Chancen und Rechte für Frauen in unserer privilegierten Gesellschaft, aber mahnte den trotzdem dringlichen Handlungsbedarf bei der Gleichberechtigung in der Elternschaft, der Unterstützung von Alleinerziehenden und dem Frauenschutz an. Insbesondere die dramatische Situation in der Prostitution bereitet ihr große Sorge. In einem abschließenden Appell forderte sie zum gemeinsamen Handeln auf und warb für den von der Union eingebrachten Antrag zur Beendigung von menschenunwürdigen Zuständen in der Prostitution.

— Gruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin —

Wer darf den Plenarsaal betreten, wo und wie arbeiten die Abgeordneten und was bringen Abstimmungen um 3 Uhr morgens? Antworten auf diese und mehr Fragen erhielt jetzt eine Gruppe Berlinreisender auf Einladung von Anne Janssen.

Im Rahmen einer der 4-tägigen Fahrten, die gemeinsam mit dem Bundespresseamt organisiert und durchgeführt werden, konnten knapp 50 Besucher aus dem Landkreis Wittmund, dem Landkreis Friesland und der Stadt Wilhelmshaven einen Einblick in das politische Berlin gewinnen. Fester Bestandteil des Programms waren wie immer ein Besuch des Bundestages und ein Gespräch mit der Abgeordneten. „Dieses Mal bin ich ausnahmsweise

selbst von Zuhause angereist, denn die Reise lag nicht in einer Sitzungswoche. Die Gelegenheit, meinen Gästen selbst Rede und Antwort zu stehen, wollte ich mir aber nicht nehmen lassen. Schließlich geht es ja auch um ein besseres Verständnis meiner Arbeit.“, so Anne Janssen.

Doch der Austausch war nur ein Punkt von vielen, denn neben einem Besuch im Bundesfamilienministerium - hier ist Anne Janssen Ausschussmitglied - waren zum Beispiel auch Stippvisiten im Bundeskanzleramt, der niedersächsischen Landesvertretung oder dem ehemaligen Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen Teil der Tour. Hier brachte unter anderem ein Zeitzeuge den Besuchern diesen

Teil der deutschen Geschichte näher. „Diese Fahrten sind in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung, nicht nur im Hinblick auf das Verständnis für unsere politischen Prozesse und die Funktionsweise des Parlaments, sondern auch im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung der Bundesrepublik.“, so Anne Janssen. „Am liebsten würde ich daher noch mehr Leute als bislang dazu ermuntern, diese Chance zu nutzen. Nur leider sind die Plätze sehr begrenzt und mein Büro führt bereits eine lange Warteliste, die schon jetzt weit in das nächste Kalender- und damit auch Wahljahr reicht.“ Doch bis dahin werden noch so einige Besucher aus Janssens Heimat einen Blick hinter die Türen des Berliner Politikbetriebs werfen können.



Foto: Gruppe aus den Wahlkreis zu Besuch bei Anne Janssen MdB in Berlin - Bild: Bundestag/StadtLandMensch-Fotografie

„Wirtschaftswende jetzt“ Stärkung des Wirtschaftsstandort Deutschland

Deutschland steht aktuell vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen und fällt im internationalen Vergleich in Bezug auf das Wirtschaftswachstum zurück. Die Verlagerung von Unternehmen ins Ausland, Kapitalflucht, zunehmende Firmenpleiten und der Verlust von Arbeitsplätzen prägen die aktuelle Wirtschaftslage. Diese Entwicklung schwächt Deutschlands Position im globalen Markt erheblich, nicht zuletzt wegen hoher Steuern und umfangreicher Regulierungen. Das ausbleibende Wirtschaftswachstum stellt eine Bedrohung für den Wohlstand, den sozialen Frieden und die Erreichung von Klimazielen dar. Vor diesem Hintergrund ist eine umgehende wirtschaftliche Kurskorrektur dringend erforderlich. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion macht sich für eine solche Neuausrichtung stark und unterbreitet fortlaufend Vorschläge zur Bele-

bung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes. Die bisherigen Versäumnisse und Fehlentscheidungen, insbesondere im Bereich der Industrie und des Mittelstands, haben die Situation verschärft. Diese Probleme sind nicht nur konjunktureller, sondern auch struktureller Natur. Eine klar kommunizierte, zuverlässige Politik ist gefragt, um das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland wiederherzustellen und die Bereitschaft zu Investitionen und Innovationen zu fördern.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Antrag mit zwölf Maßnahmen eingebracht, um die Konjunktur zu beleben und Deutschland aus der Deindustrialisierung zu führen. Zu den Vorschlägen zählen unter anderem die Begrenzung der Sozialabgaben auf 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns, steuerliche Begünstigun-

gen für Überstunden von Vollzeitbeschäftigten, ein steuerfreies Arbeitseinkommen für Rentner bis zu einem Betrag von 2.000 Euro, die Senkung der Unternehmensteuern auf 25 Prozent, die Reduzierung der Stromsteuer und der Netzentgelte sowie die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, Investitions- und Planungssicherheit zu schaffen und somit neue Wirtschafts- und Innovationskraft zu entfesseln.

Es wird betont, dass Deutschland die starke und wettbewerbsfähige Position in Europa nur dann wiedererlangen kann, wenn es zu einer grundlegenden Neuausrichtung und der Umsetzung einer wirksamen Wirtschaftspolitik kommt.

Schlosskirche Varel braucht Fördermittel

Mit 900 Jahren kann die Schlosskirche in Varel nun dasselbe stolze Jubiläum feiern wie die Stadt selbst. Um dem Wahrzeichen und beliebten Glaubens- und Kulturort zu neuem Glanz zu verhelfen, begannen bereits vor 40 Jahren umfassende und kostenaufwändige Sanierungsarbeiten. Zum Jubiläum soll nun ein neues Bronzeportal des Potsdamer Bildhauers Prof. C.C. Weber die Kirche krönen, doch ohne Fördermittel ist dieser große Wunsch nicht umzusetzen.

Der Förderkreis Schlosskirche Varel e. V. hatte daher die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen zu einem Austausch in das Baudenkmal von nationalem Rang eingeladen, um gemeinsam über mögliche Bundesförderpfe zu sprechen. Mit dem Denkmalschutz-Sonderprogramm der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) erörterte die Abgeordnete mit Marianne Janssen und weiteren Förderkreis-Mitgliedern eine Chance, Hilfsmittel für das Portal zu erhalten. „Schon lange ist die Schlosskirche mit ihrer Bedeutung und Funktion über einen reinen Glaubensort hinausgewachsen. Mit ihren regelmäßigen und beliebten Veranstaltungen ist sie nicht nur Kultur-Raum, sondern auch Schnittstelle zwischen Kirche und Alltag und bietet gleichzeitig Raum für Austausch.“, so Anne Janssen.

Diesem Leitgedanken soll auch das Bronzeportal folgen. Die Darstellungen auf dem Portal zeigen in figürlich expressiven Stil das Leben des Jüngers Petrus (Schutzpatron der Schlosskirche), dessen Verhaltensweisen die ganze Misere der menschlichen Existenz ausdrücken: Liebe und Hass, Vertrauen und Verrat, Hoffnung und Enttäuschung. Die Bildaussagen sind universell und sprechen jeden Menschen an, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts, welcher Religionszugehörigkeit. Somit kann das Ensemble des Eingangsportals als wortwörtlicher Türöffner –

die Kunst damit als Vermittler für Gesellschafts- und Religionsgeschichte – eintreten.

„Der wichtigste Schritt für den Verein ist nun, den Antrag auf Mittel aus dem Bundesförderpotopf zu stellen. Ich werde in Abstimmung mit dem Förderkreis begleitend mit Schreiben und in persönlichen Gesprächen mit den entsprechenden Stellen und Akteuren diesen Antrag unterstützen und die Bedeutung und Notwendigkeit der Mittel immer wieder hervorheben. Ein bisschen Daumen drücken gehört dann auch noch dazu.“, so Anne Janssen.



Foto: Anne Janssen informiert sich mit dem Förderkreis Schlosskirche Varel e. V. über die bisherigen Sanierungsmaßnahmen und die Pläne für das Bronzeportal

Bezahlkarte für Geflüchtete kommt

Die Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende markiert einen wichtigen Schritt in der Asyl- und Sozialpolitik Deutschlands, besonders aus der Perspektive der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ende letzten Jahres hat die Union einen entscheidenden Antrag gestellt, der die Abkehr von Bargeldleistungen zugunsten des Sachleistungsprinzips fordert. Dieser Vorschlag, basierend auf der Überzeugung, dass die Vereinheitlichung der Sozialleistungen über eine Bezahlkarte die Integration fördern und Missbrauch verhindern kann, wurde bereits Mitte Oktober diskutiert.

Auf Verlangen der Union befasste sich der Bundestag im Februar dieses Jahres in einer aktuellen Stunde mit der Thematik, angesichts der anhaltenden Debatten sowohl innerhalb der Koalitionsfraktionen als auch zwischen den Ebenen der Landes- und Bundespolitik. Die Kernfrage dabei war, ob eine bundesgesetzliche Regelung für die Implementierung der Bezahlkarte erforderlich sei.

Das Kabinett folgte dieser Entwicklung mit einem entscheidenden Schritt am 1. März, indem es eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes beschloss. Dieser Beschluss öffnet den Weg für eine detaillierte Betrachtung

des Gesetzentwurfs durch den Bundestag, wobei die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine federführende Rolle in der Initiierung und Gestaltung dieser politischen Maßnahme spielt. Die Einführung der Bezahlkarte wird als ein Mittel gesehen, um die Integration zu erleichtern, ohne finanzielle Nachteile für die Betroffenen zu schaffen und gleichzeitig den administrativen Aufwand zu reduzieren und Missbrauchsmöglichkeiten zu minimieren.

Die geplante Gesetzesreform sieht vor, die Bezahlkarte als zentrale Leistungsform im Asylbewerberleistungsgesetz zu verankern und ihre Einsatzmöglichkeiten zu erweitern. Dies bedeutet, dass alle Geflüchteten, unabhängig von ihrer Unterbringungsform, Anspruch auf Leistungen via Bezahlkarte haben werden. Das stellt eine Abkehr von der bisherigen Praxis der bevorzugten Ausgabe von Sachleistungen oder Bargeld dar. Die Länder und Kommunen erhalten somit mehr Flexibilität in der Leistungserbringung. Die konkrete Ausgestaltung der Bezahlkarte obliegt dabei den Ländern, die sich bereits auf Mindeststandards geeinigt haben. Der Einsatz der Bezahlkarte, beschränkt auf das Inland, verhindert dabei Missbrauch und verspricht einen reduzierten Verwaltungsaufwand für die Kommunen.

#NUTZE
DEINE
STIMME!



09. Juni '24
Europawahl



Termine · Veranstaltungen



Anne Janssen MdB beim Jubiläum des Unternehmerinnen-netzwerks Ostfriesland - Foto: UNO



Anne Janssen MdB, Katharina Jensen MdL und Europakandidat Jochen Steinkamp bei der Papier- und Kartonfabrik in Varel



Direktorin Ruth Müller-Springer und Anne Janssen MdB bei der Bundesanstalt für Verwaltungsaufgaben in Aurich - Foto: BAV



Anne Janssen beim politischen Frühstück der Senioren Union Friesland - Foto: Senioren Union, Rainer Hajek



Anne Janssen MdB bei der Freisprechung der Azubis der Ausbildungswerkstatt des TaktLW 71 „Richthofen“ in Wittmund - Foto: Bundeswehr, Redell



Anne Janssen MdB und Uwe Heinemann beim Polittalk zum Thema Migration der Senioren Union Wilhelmshaven - Foto: Senioren Union Wilhelmshaven



Wahlkreisbüro

Anne Janssen

 Mitglied des Bundestages

Am Kirchplatz 4 · 26441 Jever
Telefon: 044 61 7586144
anne.janssen@bundestag.de

Foto: Tobias Koch, Berlin



www.annejanssen.de
fb.me/annejanssen2021
instagram.com/anne_janssen_26/

CDU